

abgetretener Vorsitzender. Er spielte in den Vorstandssitzungen keine Rolle mehr. Das Sagen hatte Götting. Nuschke war nur noch eine Galionsfigur.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Meinen Dank an diejenigen, die die sehr wichtige Diskussion bestritten und die geantwortet haben, verbinde ich mit meinem Dank an diejenigen, die so geduldig gewartet haben.

Ich rufe jetzt als letzten Punkt der heutigen Tagesordnung drei weitere Vorträge auf:

1. *„Die Wandlung der SED 1946 bis 1950 am Beispiel Thüringens“*

Dr. Günter Braun: Der folgende Beitrag beschränkt sich im wesentlichen auf den Versuch, anhand weniger Beispiele aus der politischen Praxis der Thüringer SED das, was Professor Weber zur Entwicklung der Gesamtpartei vorgetragen hat, in einigen Punkten regionalhistorisch zu konkretisieren.

Daß die Entwicklungslinien der SED auf Zonen- und Länderebene in Grundzügen parallel verliefen, muß nicht besonders betont werden. In einem politisch-sozialen System, das zwar föderal gegliedert, aber frühzeitig von Einheitsstaatspostulaten überlagert war und seit 1947 einem beschleunigten Zentralisierungsprozeß unterlag, paßten sich alle nachgeordneten Partei- und Verbandsgliederungen ebenso an die von „oben“ vorgegebenen Formen und Inhalte der Politikgestaltung an wie der administrative Unterbau. Je nach regionalen bzw. lokalen Ausgangslagen, Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren geschah dies freilich in unterschiedlicher Ausprägung und zuweilen auch ungleichzeitig.

Bevor ich mich den Spezifika der Thüringer Nachkriegsgeschichte und ihren Folgen für die SED-Entwicklung zuwende, sei wenigstens ein summarischer Hinweis auf Quellen, Literatur sowie Forschungsstand gegeben: Zur Verfügung standen die Protokolle der Sekretariatssitzungen des Landesvorstands Thüringen von 1946 bis 1950. Ausgewertet wurden ferner Überlieferungen des SED-Parteiorgans sowie Teile des Bestandes des Innenministeriums der Landesregierung Thüringen. Nur Aktensplitter sind von den Vorläuferorganisationen SPD und KPD – auf Thüringen bezogen – erhalten, wobei eine Vielzahl der SPD-Materialien im Westen seit langem durch den Nachlaß Hermann Brills zugänglich waren. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die unmittelbare Nachkriegsphase der Thüringer Landes- und Parteienpolitik schon vor der „Wende“ relativ gut erforscht werden konnte. Insbesondere Darstellungen von Manfred Overesch, Beatrix W. Bouvier, Frank Moraw und Helga A. Welsh weisen dies nach. Mit den nun verfügbaren Quellen zur thüringischen SED-Geschichte werden die bisherigen Forschungsergebnisse nicht hinfällig, aber doch in vielen Punkten ergänzt, bisweilen korrigiert, und sie sind vor

allem dichter zu belegen. Das gilt auch für die Auseinandersetzungen im thüringischen Machtzentrum in der SED sowie zwischen ihr und „bürgerlichen“ Kräften. Härter als in jedem anderen Land der SBZ wurde in Thüringen um den maßgeblichen politischen Einfluß gerungen: Keine andere Landesregierung verschleiß so viele Minister und andere hohe Staatsfunktionäre, und nirgendwo sonst war die Fluchtrate führender Landespolitiker dermaßen hoch. Selbst den amtierenden Regierungschef Rudolf Paul (SED) zog es im September 1947 in den Westen.

Diese Begleiterscheinungen der politischen Umwälzung, aber auch zahlreiche Parteiverfahren gegen oppositionelle Kommunisten schon seit 1947 und nicht zuletzt die im Zuge der Umbildung der SED in eine stalinistische Kaderpartei intensiviert Verfolgung sogenannter „illegaler Schumacher-Gruppen“ deuten an, daß in Thüringen eher ungünstige Bedingungen für den Erwerb und die Konsolidierung kommunistischer Macht herrschten.

Ursachen und Gründe für diesen konfliktreich verlaufenen Prozeß sind vor allem in den politischen Traditionslinien des Landes, seiner spezifischen Nachkriegssituation und seiner Grenzlage zu suchen. Es sei daran erinnert, daß die einstige Hochburg der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre bis auf wenige Bastionen kräftig geschleift worden war und Thüringen sich bereits in den zwanziger Jahren zu einem besonderen Hort der völkisch-nationalen Bewegung zu entwickeln begann. Davon profitierten schließlich vor allem die Nazis. Bei Kriegsende lag der Anteil der NSDAP-Mitglieder in der thüringischen Staatsverwaltung bei überdurchschnittlichen 96 %, was die Entnazifizierung natürlich enorm erschwerte.

Negativ vorbelastet war – zumindest für die KPD-Führung – der politische Neubeginn in Thüringen auch durch die vorübergehende US-Besatzung des Landes. Sie verhinderte, daß hier eine Instrukteursgruppe des ZK der KPD initiativ werden und die kommunistische Politik vereinheitlichen konnte. Dies war dem Zentralkomitee aus zwei Gründen wünschenswert erschienen: Zum einen, weil der thüringischen KPD zu Weimarer Zeiten in der kominternkritischen KP-Opposition und dem Leninbund mancherorts eine starke Konkurrenz im eigenen Lager erwachsen war, was bei den SED-Säuberungen Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre häufig Nachspiele haben sollte; zum anderen aber auch deshalb, weil nach der Kapitulation durch die Aktivitäten der befreiten Buchenwaldhäftlinge eine personelle Konstellation entstanden war, in der politische Konzeptionen vermutet wurden und zum Teil auch virulent waren, die der Generallinie der Moskauer KP-Emigranten zuwiderliefen. Mit dem Wechsel der Besatzungsmacht verbesserte sich die Position der Berliner Führung in doppelter Hinsicht: Einerseits war das ZK der KPD nun in der Lage, seine Vertrauensleute im thüringischen KPD-Apparat zu etablieren und die Dominanz der „Buchenwalder“ abzubauen. Andererseits wurde der Einfluß des SPD-Führers Hermann Brill, der als Regierungspräsident mit

der amerikanischen Besatzungsmacht gut kooperiert hatte, aufgrund seiner Amtsenthebung durch die Sowjetische Militäradministration (SMA) Thüringen entscheidend geschwächt.

Dies wirkte sich auf die Situation der Sozialdemokraten insgesamt negativ aus, vor allem mit Blick auf ihre Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten in der von den Kommunisten seit Herbst 1945 forcierten Vereinigungskampagne. Sie hatten zunächst zugunsten von Hermann Brills Option für eine Arbeitereinheitspartei namens „Bund Demokratischer Sozialisten“ auf eine rasche Reorganisation der traditionellen Parteistrukturen verzichtet. Brills Plan stieß jedoch auf heftigen Widerstand der SMAD; zu bilden war ein Landesverband der SPD, und dieser war kaum etabliert, da begann das heftige Vereinigungswerben der Kommunisten. Der Ausstieg des von den Sowjets bedrängten Vorsitzenden Brill, massiver Druck der SMA Thüringen und die dadurch in Vorhand gebrachten sozialdemokratischen Befürworter der Fusion – zu nennen ist vor allem der spätere SED-Vorsitzende Heinrich Hoffmann – bereiteten schließlich das Terrain für den Zusammenschluß vor. Sowohl im hauptamtlichen Parteiapparat der SED als auch in der Landesverwaltung waren ehemalige Sozialdemokraten in der Folgezeit relativ schwach vertreten.

Thüringens Liberal- und Christdemokraten konnten sich dagegen über ihre Regierungsbeteiligung nicht beklagen. Sie waren hier stärker als in anderen Landesexekutiven der SBZ repräsentiert. Um so massiver wurden sie indessen zwischen 1948 und 1950 aus ihren Ämtern gedrängt. Hierbei wurde die zeitgenössisch-dennunziatorische SED-Deutung des bürgerlichen Lagers, daß es die „Fortschrittlichen“ zu unterstützen und die „Reaktionäre“ zu schlagen gelte, insbesondere von den CDU- und LDP-Repräsentanten August Bach und Dr. Hans Loch auch noch bestätigt. Insbesondere Hans Loch, ab 1951 Vorsitzender der LDPD, bescheinigte die Kaderabteilung des SED-Landesvorstands 1949 eine „positive Einstellung zur SU“ und einen „fortschrittlichen Standpunkt“, den er „grundsätzlich gegen reaktionäre Kräfte in der LDP“ vertrete. Schon 1948 traf die SED-Landesspitze vor Blocksitzungen in Thüringen mit Loch Absprachen und wurde auch auf diese Weise befähigt, die Liberaldemokraten zu neutralisieren.

Auf der langen Liste der Thüringer Besonderheiten steht schließlich die Tatsache, daß das Land die längste Grenze zum Westen Deutschlands zu „verteidigen“ hatte und ein Teil seiner Kreise in der Grenzregion überdies stark katholisch geprägt war. Die hieraus resultierenden Probleme für die Durchsetzung des kommunistischen Herrschaftsanspruchs sollten nicht unterschätzt werden. Noch 1950 beschrieb der SED-Kreissekretär von Heiligenstadt die schwierige Lage seiner Partei in einer Sekretariatssitzung der SED-Landesleitung mit den Worten: „Im Eichsfeld herrscht die Reaktion.“

Mehr als 6.000 organisierten Christdemokraten standen dort lediglich 3.000 Einheitssozialisten gegenüber. Was jedoch schwerer wog, war der Einfluß „der

Pfarrer von den Kanzeln“. In immerhin 19 von 92 Gemeinden des Landkreises Worbis stimmten jeweils mehr als 10% - zum Teil bis zu 30% - der Wähler bei der Einheitslistenabstimmung im Oktober 1950 gegen die Kandidaten der Nationalen Front. Folgt man einem jüngst erschienen Aufsatz, so ist es der SED im Eichsfeld nie gelungen, die Milieuschranken des Katholizismus völlig zu durchbrechen.

Mehr als durch Besonderheiten war natürlich auch das Handeln der Thüringer Kommunisten durch die übergreifenden Zusammenhänge der SBZ-Entwicklung, ihren Bezug zur internationalen Politik und zu den deutschlandpolitischen Kalkülen der Sowjetunion bestimmt. Wie stark diese Rahmenbedingungen wirkten, soll an einer Episode aus der SED-Geschichte des Jahres 1947 verdeutlicht werden, in der sowohl die Bedeutung der Besatzungsmacht und der Einfluß der Berliner Parteizentrale als auch Momente der sowjetischen Deutschlandpolitik schlaglichtartig aufscheinen. Ihr Gegenstand ist eine Regierungsumbildung in Weimar. Die politische Konstellation war dort seit langem durch das konfliktreiche Verhältnis der SED zu dem habituell wie politisch eher liberalen Ministerpräsidenten Rudolf Paul belastet gewesen. Gestützt vor allem auf sein gutes Verhältnis zu den SMAD-Oberern, aber auch auf seinen überraschenden Eintritt in die SED bei deren Entstehen, hatte er sich eine gewisse Unabhängigkeit im Ministerpräsidentenamt bewahren können. Im Frühjahr 1947 dennoch amtsmüde geworden, reichte er seinen Rücktritt ein, der jedoch nach Absprache mit Garde-Generalmajor Kolesnitschenko, dem Thüringer Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, bis zur Moskauer Außenministerkonferenz der Siegermächte vom 10. März bis 24. April 1947 verschoben wurde. Paul meldete sich krank.

Um einen politisch einflußreichen SED-Mann im Kabinett zu plazieren, wurde der Thüringer SED-Vorsitzende Werner Eggerath, ehemals KPD, per Landesgesetz zum Interimspräsidenten bestellt. Wahrscheinlich – diesen Schluß legen jedenfalls die Quellen nahe – waren er und seine Vorstandskollegen der Meinung, damit ihr „Regierungsproblem“ gelöst zu haben. Doch das sah die SMAD anders. Statt den Wechsel formal zu vollziehen, verbot sie nach Abschluß der Moskauer Konferenz den „Rücktritt des Ministerpräsidenten oder irgendeines Präsidenten in unserer Zone“. So übermittelte jedenfalls Otto Grotewohl den am 29. April 1947 nach Berlin beorderten Thüringer SED-Führern eine Direktive Marschall Sokolowskis. Er verlangte, daß Paul seine Funktion wieder aufnehmen müsse, außerdem politische Hilfestellung von Eggerath als neuem Innenminister erhalten solle, der Ernst Busse, einen Exponenten der „Buchenwalder Kommunisten“, zu ersetzen habe. Darüber hinaus wurden sie angewiesen, den Volksbildungsminister auszuwechseln. Der bisherige Amtsinhaber Walter Wolf, so die Begründung der SED-Spitze, habe als ehemaliger Kommunist zum Ausgleich sozialdemokratischer Paritätsdefi-

zite in der Thüringer Ministerriege jemandem aus der ehemaligen SPD Platz zu machen.

Beide Weisungen erschienen angesichts des damals intensiven Vormachtstrebens der Kommunisten in der SED wie in den Landesexekutiven als unzeitgemäß, und erst nach dem zweiten Blick läßt sich der vermeintliche Widerspruch auflösen. Sie waren offenkundig Element der komplizierten deutschlandpolitischen Erwägungen, die in der Sowjetunion im Umfeld des Außenministertreffens in Moskau angestellt wurden. Welche Reichweite sie letztlich hatten, wird sich wohl erst bestimmen lassen, wenn die einschlägigen Moskauer Akten eingesehen werden können. Erkennbar aber wird immerhin, daß Stalin eine interalliierte Verständigung über Deutschland in näherer Zukunft nicht grundsätzlich ausschloß und die Moskauer Deutschlandpolitiker deshalb gehalten waren, sich auf diesen Fall vorzubereiten.

Eine wohl nicht unwesentliche Rolle spielte hierbei die Frage, was getan bzw. verändert werden müsse, um bis zu einem eventuellen Konsens der Siegermächte die Kontrolle über das eigene Besatzungsgebiet zu gewährleisten und zugleich den politischen Einfluß im Westen Deutschlands zu erhöhen. Als eine Voraussetzung dafür wurde die Bildung einer gesamtdeutschen SED gesehen und quasi als Gegenleistung die legale Existenz der SPD im Osten Deutschlands in Rechnung gestellt. Darauf galt es sich vorzubereiten. Als geeignetes Mittel gegen eine positive Resonanz auf das Wiedererstehen der Sozialdemokratie erschienen das demonstrative Unterstreichen der 1946 für die Einheitspartei verabredeten paritätischen Besetzung aller relevanten Parteipositionen, das demonstrative Berücksichtigen aller Sozialdemokraten sowie die Zurückhaltung von früheren Kommunisten bei der Vergabe von Regierungsämtern – also der Nachweis, daß für eine SPD in der SBZ eigentlich gar kein Bedarf vorhanden sei.

Diese Taktik wurde aber offenbar nur bis Mitte Mai 1947 verfolgt und schließlich aufgegeben, weil die Versuche, in den Westzonen zur Einheitspartei zu gelangen, am Anfang dieses Monats einen empfindlichen Dämpfer erhalten hatten. Nach der französischen und der britischen verbot auch die amerikanische Militärverwaltung die von ihr bis dahin geduldete öffentliche Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft KPD-SED“. Zwar hielt die SMAD ihr Kompensationsangebot weiterhin aufrecht, doch dies blieb im Westen und im Alliierten Kontrollrat ohne positives Echo.

Die befohlene Ablösung von Walter Wolf und Ernst Busse – er wurde 1950 unter falschen Anschuldigungen verhaftet und kam 1953 im Lager Workuta ums Leben – blieb im Sekretariat des SED-Landesvorstands Thüringen nicht unwidersprochen. Vor allem die früheren Sozialdemokraten staunten über die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Berliner Parteizentrale das Recht nahm, der Thüringer Landesleitung Entscheidungen vorzugeben, die nach deren Selbstverständnis eindeutig in ihre Kompetenzen gehörten. Doch in beiden

Fällen drängte die SED-Spitze auf raschen Vollzug – hier noch mit einem Verweis auf die Order der Besatzungsmacht, bald aber unter Berufung auf den „demokratischen Zentralismus“.

In welchem Maße und auf welche Weise die SMAD auch auf den Umbau der SED in eine stalinistische Partei direkt einwirkte, soll ebenfalls an einem Beispiel demonstriert werden: Es handelt von der Auflösung des SED-Kreisvorstands Altenburg im April 1949 und der Maßregelung des Zweiten SED-Landesvorsitzenden Kurt Lessig (ehemals KPD). Sowohl er als auch einige Mitglieder der Altenburger SED-Leitung waren gegen einzelne, vorwiegend personalpolitische Entscheidungen der Besatzungsmacht aufgetreten, verlangten ein Selbstbestimmungsrecht in kommunalpolitischen Belangen und betonten die deutschen Parteitraditionen der KPD.

Am 26. März 1949 wurden deshalb der SED-Landesvorsitzende Hoffmann und Ministerpräsident Eggerath zu Gardegeneralmajor Kolesnitschenko bestellt. In Gegenwart des Chefs der SMA-Abteilung Information und des Dolmetscherleutnants überreichte er ihnen zunächst „ein umfangreiches Schriftstück“ in russischer Sprache, das sich auf Minister Dr. Georg Appell (SPD/SED) bezog. Eggerath erhielt den Auftrag, es „diskret“ übersetzen zu lassen und „zum Gegenstand einer Beratung“ im Landessekretariat der SED zu machen. Mit anderen Worten: Appell wurde abgesetzt. Dann empfahl Kolesnitschenko, das Mitglied der NDPD Dr. Walter König „im Range eines Ministerialrats in das Ministerium für Volksbildung einzugliedern“, was ebenso umgehend erledigt wurde. Nachdem er die Genossen noch über weitere „Aufdeckungen von Agenten des Ostbüros der SPD und anderer Spionagezentralen“ informiert hatte, kam der General zu seinem wichtigsten Anliegen: Sie betrafen das politische Verhalten des SED-Kreisvorstands Altenburg und von Kurt Lessig. Ihnen wurde vorgeworfen, „kein Verständnis für das Prinzip des demokratischen Zentralismus“ aufzubringen und eine „offene Abneigung gegen sowjetische Offiziere“ zu zeigen, also Verhaltensweisen, so das Verdikt Kolesnitschenkos, die auf eine „sowjetfeindliche und nationalistische Einstellung schließen lassen.“ Die sowjetische Militärverwaltung könne diesen Zustand „nicht mehr länger tatenlos hinnehmen.“ Eggerath und Hoffmann sollten mit dem Politbüro der SED den ganzen Sachverhalt klären.

Nachdem Walter Ulbricht am Rande einer Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission informiert worden war und daraufhin selbst den SMA-Chef Thüringens konsultiert hatte, beriet am 7. April 1949 das Politbüro über den Fall. Lessig, so wurde beschlossen, sollte zu den Vorwürfen schriftlich Stellung nehmen und nach dem Willen von Ulbricht als Schüler in den laufenden Kursus an der Parteihochschule eingegliedert werden. Das Kleine Sekretariat der Thüringer Landesorganisation wurde angewiesen, selbstkritisch über seine mangelhafte politische Arbeit Gericht zu halten. Dieser Prozedur mußten sich am 5. April 1949 zunächst die Altenburger Sekretariatsmitglieder

unterziehen. Im Weimarer Parteihaus erhielten sie eine Lektion über die „führende Rolle der KPdSU im Kampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Es habe den Anschein, „daß sie manchmal sehr selbstbewußt Entscheidungen fällen.“ Statt dessen müßten sie einsehen, daß „das Verhältnis zu den Kommandanturen (...) und zu den einzelnen Offizieren (...) sich wesentlich gewandelt“ hat. „Wir müssen klar erkennen“, argumentierte Innenminister Willy Gebhardt (KPD/SED), „daß die russischen Genossen uns durch ihre Erfahrung weitaus überlegen sind, auch wenn es sich um junge Offiziere handelt.“ Die in Altenburg geübte „Selbstherrlichkeit“ bedeute „eine große Gefahr des Abrutschens in den Opportunismus.“

Dieses Delikt und Nachforschungen, die von der Zentralen Parteikontrollkommission bei „intensiver Mitarbeit durch eine Kommission der Freunde“ in Altenburg vorgenommen worden waren, führten letztlich zur Auflösung des Kreisvorstandes, zum Parteiausschluß ihres Vorsitzenden durch das Politbüro und zu einer breiten innerparteilichen Kampagne gegen „nationalistische Abweichungen“ und „Opportunismus“.

Zusammenfassend zeigt sich mithin folgendes:

- Auch in Thüringen vollzieht sich die Vereinigung von KPD und SPD unter Druck und Zwang der Besatzungsmacht gegenüber einer keineswegs politisch homogenen SPD.
- Auch in Thüringen gelingt es der SED sehr früh, die Blockparteien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, nicht zuletzt dank der Mitwirkung von sogenannten „fortschrittlichen“ Kräften aus CDU und LDP.
- Auch in Thüringen hat die SED in allen wesentlichen Fragen kaum eine Chance, sich gegen Entscheidungen der Sowjetischen Militäradministration durchzusetzen.
- Auch in Thüringen wird der hier nicht besonders thematisierte Prozeß der Transformation der SED in eine bolschewistische Kaderpartei eingeleitet durch das Hinaussäubern von Parteimitgliedern. Davon betroffen sind vor allem diejenigen mit noch virulentem sozialdemokratischem Hintergrund, aber auch Kommunisten, die im Verdacht stehen, wie in den dreißiger Jahren eigenständig und selbstbewußt zu handeln.

2. „Die Rolle des Kulturbundes 1945 bis 1950“

Dr. Magdalena Heider: Der Verband, über den hier kurz zu berichten sein wird, gehört zur Gruppe der Massenorganisationen. Stark vereinfacht lassen sie sich als Verbände charakterisieren, die – zumeist ab 1948/49 unter strikter politischer und personeller Kontrolle der SED – arbeitsteilig als Transmissionen zwischen dem politisch-ideologischen Zentrum und so-

zialen Großgruppen wirkten. Systematisch waren sie zum einen nach ihrem jeweiligen Adressatenkreis und hier nach interessen-, alters- und geschlechtsspezifischen Aspekten zu unterscheiden, zum anderen nach den sie dominierenden speziellen Organisationszwecken, also etwa nach Gesichtspunkten der formalen Legitimationsbeschaffung oder Interessenvertretung, wie sie z. B. beim FDGB, der VdGB, den Konsumgenossenschaften hervortraten, oder nach ihrem Beitrag zur politischen Sozialisation der Menschen. Sie stand z. B. im Zentrum der Aktivitäten der FDJ, der Jungen Pioniere, des DFD oder der DSF, wobei freilich bei allen Massenorganisationen auch deren übrige Funktionen, wie z. B. die der Mobilisierung, der Informationsbeschaffung oder der Kaderbildung, eine Rolle spielten.

Schon aufgrund seiner inhomogenen und zudem wechselnden Klientel war der Platz des Kulturbundes im System der Massenorganisationen nur schwer zu bestimmen. Er war einerseits von seiner Gründung an ein Verband, der die sogenannte Intelligenz erfassen sollte – darunter wurden im wesentlichen alle akademisch oder höher Qualifizierten verstanden – und unter ihnen auch jene, die mangels einer exakten Begrifflichkeit als „Kultur-“ bzw. „Kunstschaffende“ definiert wurden. Seit 1949 wurde ihm aber andererseits auch aufgegeben, in Arbeitsteilung mit FDJ und FDGB einige der bis dahin zunächst verbotenen, dann zum Teil wiederbelebten lokalen und regionalen Vereinigungen, Zusammenschlüsse oder Vereine als Suborganisationen zu erfassen, zu integrieren und zu kontrollieren, die sich in einem weiten Sinne der „Kultur“ widmeten – etwa dem Volkstanz oder der Philatelie, der Pflege der Heimatkunde, der Musik oder der Literatur etc. Zu Beginn der fünfziger Jahre diente er zudem vorübergehend als Organisator der Künstlerverbände, die allerdings – wie die der Schriftsteller, der Komponisten und Musikwissenschaftler oder der bildenden Künstler – 1950 bzw. 1951 unter seinem Dach entstanden und der besseren Kontrolle wegen seit 1952 zu selbständigen Organisationen mit eigenen Verbandsstrukturen umgeformt wurden, zu denen direkte Verbindungslinien der Partei hergestellt werden konnten.

Der Kulturbund spielte somit in seinen früheren Jahren im politischen System der SBZ/DDR eine gewisse Sonderrolle, und seine Strukturen zeigten denn auch gewissermaßen föderative Abweichungen von den eher straff zentralistischen Organisationsprinzipien der klassischen Massenorganisationen marxistisch-leninistischen Typs. Er war mancherorts als eine Art lokaler „Kulturverein“ präsent und oftmals einziger Anbieter kultureller Veranstaltungen; er trat anderswo örtlich allein in Gestalt eines heimat – oder literaturgeschichtlichen Zirkels bzw. als Volkstanzgruppe in Erscheinung. Auf Kreis- und Landesebene hatte er jedoch als politischer Koordinator dieser unterschiedlichen Vereins- und Verbandsaktivitäten zu wirken und sich im Zonen- bzw., DDR-Maßstab schließlich im wesentlichen als Massenorgani-

sation einer sozialen Großgruppe, nämlich der Intelligenz darzustellen, die mit den Marxismus-Leninismus-Kategorien kaum effektiv zu bestimmen und deshalb auch kaum zu organisieren war – vor allem seit die Künstlerverbände existierten und die Kammer der Technik, die ab 1947 verstärkt für die wissenschaftlich-technische Intelligenz zuständig wurde.

Funktionsvielfalt und Funktionswandel erschwerten bzw. verzögerten die Durchsetzung demokratisch-zentralistischer Strukturen, die seit 1948 auch im Kulturbund angestrebt wurden. Dies führte dazu, daß der Bund im damaligen öffentlichen Bewußtsein und wohl auch später noch als eine der weniger fremdbestimmten Organisationen galt, als ein Verband, in dem zuweilen sogar Initiativen von unten möglich schienen. Das schlug sich auch in den Mitgliederstatistiken nieder. Angefangen hatte der Bund im Juli 1945 mit 116 Mitgliedern, im Juni 1947 waren es 105.000, im August 1949 konnte er 152.500 verzeichnen und ein Jahr später 158.600. Ab 1949 ist jedoch in Rechnung zu stellen, daß z. B. alle, die behördlich anerkannt Briefmarken sammeln und tauschen wollten, Mitglieder der entsprechenden Suborganisation, der Kommission „Philatelie“ des Kulturbundes, werden mußten.

Was sich in den Abweichungen von den Normen der Massenorganisation zeigte, war freilich nicht nur Ausdruck der Organisationsspezifik, sondern entsprach zunächst auch der Einsicht, daß die Bündnispolitik gegenüber Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Künstlern und Künstlerinnen und sonstigen Geistes- bzw. Kulturschaffenden besonderer politischer Sensibilität bedürfe. Es war dies eine Leitlinie, die bis etwa 1950 noch eine gewisse Verbindlichkeit hatte, dann aber zugunsten eines schroffen marxistisch-leninistischen Homogenisierungskurses aufgegeben wurde.

Obwohl inhaltlich wie zeitlich modifiziert, zeigte mithin auch die Frühgeschichte des Kulturbundes die für die Entwicklung des Verbandswesens der SBZ/DDR typischen Prozeßphasen. Er entstand als eine explizit überparteiliche Organisation, die eine ausgewählte soziale Gruppe ansprechen, organisieren und als Bündnispartnerin der Kommunisten gewinnen sollte. Dazu benötigte er auf der einen Seite eine eher offene, auf den vermeintlich gegebenen antifaschistischen Konsens bezogene Programmatik und auf der anderen Seite Binnenstrukturen, die den Führungsanspruch der KPD-Initiatoren sicherten und ausreichten, Kontrolle und Zugriff zu gewährleisten.

Von 1948 an wurde die Überparteilichkeit schrittweise modifiziert, zunächst organisationsintern, dann seit 1949 auch öffentlich. Gleichwohl, und auch das zeigt sein spezielles Profil, schrieb der Kulturbund die führende Rolle der SED erst 1968 in seine Satzung.

Daß diese Metamorphose des Verbandswesens im engen Zusammenhang mit dem Wandel der SED zu einer Kaderpartei stalinschen Zuschnitts stand, einherging mit der „volksdemokratischen“, später „sozialistischen“ Instrumen-

talisierung und Zentralisierung der Staatsfunktionen und den Verstaatlichungsprozessen in der Wirtschaft, braucht hier mit Verweis auf die Ausführungen von Herrn Weber nur erwähnt zu werden, ebenso die Tatsache, daß dies eine politische Folge der Lagerbildung im Osten und somit auch Konsequenz der internationalen Politik in dieser Phase des Kalten Krieges war.

Im folgenden will ich den Versuch unternehmen, anhand von vier für die frühe Entwicklung des Kulturbundes wichtigen Aspekten die Ursachen und Folgen des Wandels anzusprechen.

Ich will erstens auf das bündnispolitische Kalkül der Kommunisten verweisen. Für diese politische Taktik waren bis 1948 die Erwägungen von Bedeutung, die bereits 1944 in der Moskauer Emigration angestellt worden waren. Sowjetische und deutsche Kommunisten, unter ihnen für die KPD-Führung Johannes R. Becher, gingen damals davon aus, daß die gewollte radikale Veränderung der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen in Deutschland von einer „Demokratisierung der Kultur“ begleitet sein müsse. Dies schloß bei der Planung für den Kulturbund von vornherein eine starke gesamtdeutsche Ausrichtung ein, die später allerdings ebenfalls modifiziert werden sollte. Die Initiatoren sahen in der erfolgreichen chauvinistisch-rassistischen Umprägung eines Teils des deutschen „Kulturerbes“ durch das NS-Regime – wohl zu Recht – eine der Ursachen für die Folgebereitschaft der meisten Deutschen, zumindest bis zur Kriegswende.

„Demokratische Erneuerung“ war in dieser Sicht allerdings eine doppelte Aufgabe: Sie sollte grundsätzlich die NS-Ideologie und ihre Wurzeln bloßlegen, die verdrängten, verbotenen oder vergessenen humanistischen Traditionen wiederbeleben und fördern. Angestrebt wurde darüber hinaus aber eine Umerziehung, die die Deutschen für eine andere Gesellschaftsordnung motivieren sollte. Diesem Konzept der Transformation eines zunächst noch unbestimmten, aber schon antikapitalistischen, dann immer stärker propagierten sozialistischen Antifaschismus hatten in der SBZ alle Einrichtungen zu folgen, die kulturpolitisch arbeiteten: die Schulen ebenso wie die Universitäten, die Verlage, die Sprech- und Musikbühnen und auch der Sport etc., und angesichts der eindeutigen Machtverhältnisse fiel es nicht schwer, dies administrativ durchzusetzen.

Schwieriger war es, die „Kulturschaffenden und Kulturinteressierten“ zu gewinnen, schon weil ja nicht nur NS-Gegner angesprochen, sondern auch die intellektuellen „Mitläufer und Mitläuferinnen“ erreicht und zugleich die NS-Sympathisanten isoliert werden sollten. Insbesondere mit Blick auf die Mittelgruppe, die Mitläufer und Mitläuferinnen, hatte eine Kulturorganisation dieses Funktionszuschnitts zunächst ihre Überparteilichkeit zu betonen, sich aber zugleich so zu strukturieren, daß sie nicht etwa zu einer Interessenvertretung dieser Gruppe werden konnte, vielmehr fähig war, auf diese auch im perspektiv-übergreifenden Sinne „erzieherisch“ einzuwirken. Dazu wurde

bereits im Sommer 1945 ein Programm formuliert, das bei aller Betonung des antifaschistischen Nahziels für die sozialistische Perspektive offen war und zugleich Organisationsprinzipien entwickelte, die eine Selbstbestimmung der Mitläufer dadurch verhinderte, daß nominelle Pgs formell erst 1947 – in Mecklenburg beispielsweise war dies informell schon seit 1946 möglich –, immer aber erst nach einer strengen Prüfung aufgenommen wurden. Die Ausstattung der zentralen Gremien mit weitgehenden Rechten blockierte allerdings eine intensivere Mitbestimmung der regionalen Gliederungen.

Zweitens: Mit der Verlagerung der bündnispolitischen Interessen auf das Werben für den Marxismus-Leninismus und mit der Konzentration auf die Intelligenz-Gruppen, die für die Legitimationsbeschaffung und Produktivität der SBZ/DDR von besonderem Belang waren, veränderte sich auch die Bedeutung des Prinzips der Überparteilichkeit. Siene Aushöhlung und die Permanenz der strikten Anbindung an die SED dokumentiert die Zusammensetzung des Führungsgremiums des Kulturbundes, des Präsidialrates, zwischen 1945 und 1949.

1945 waren von den 24 Mitgliedern 13 parteilos, 1949 waren es von 60 Präsidien 26. Drei gehörten sowohl 1945 als auch 1949 der CDU an. Die Zahl der LDP-Mitglieder stieg in diesen Jahren – freilich nur von null auf drei. Hinzu kamen 1949 je ein Vertreter der Bauern- und der National-Demokratischen Partei. Die Gruppe der Geistlichen schrumpfte von drei auf einen. Die stärkste Parteien-Fraktion stellten 1945 wie 1949 die Mitglieder von KPD/SPD bzw. SED. 1945 waren es, den Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf einmal mitgezählt, sieben, also ein knappes Drittel, und 1949 26, also nahezu die Hälfte. Da die Landesvorsitzenden qua Amt dem Präsidialrat angehörten und alle SED-Mitglieder waren, wuchs die SED-Gruppe auf 32. Deutlicher noch zeigte sich die KPD-Stärke beim hauptamtlichen Personal. Als Generalsekretäre wirkten zwischen 1945 und 1949 die ehemaligen KPD- und späteren SED-Mitglieder Heinz Willmann, Klaus Gysi und Alexander Abusch. Und auch in den Ländern waren die hauptamtlichen Funktionen mit SED-Mitgliedern besetzt, die zumeist einen KPD-Hintergrund hatten.

Wie skrupulös die KPD-Führung in bündnispolitischen Fragen nach 1945 gewesen war, zeigte ihre damalige Reaktion auf die Wahl Johannes R. Bechers zum Präsidenten. Man hatte für den Posten den parteilosen Schriftsteller Bernhard Kellermann eingeplant, für Becher dagegen den Vorsitz eines Arbeitsausschusses vorgesehen, der die „praktische Alltagsarbeit“ erledigen sollte. Anton Ackermann, der führende kommunistische Kulturpolitiker dieser Zeit, nannte die Wahl Bechers denn auch eine „Niederlage“ und verlangte, sie demnächst zu korrigieren. Doch gegen die Pro-Becher-Stimmung der Gründer konnte selbst Becher nichts ausrichten. Sie wollten und sie wählten ihn immer wieder, bis 1958 – kurz vor seinem Tod.

Das Schrumpfen der bürgerlichen Fraktionen im Präsidialrat war weniger

Folge eines von den Kommunisten begonnenen expliziten Verdrängungsprozesses, wohl eher eine resignative Konsequenz des von Christ- und Liberaldemokraten wie von den Kirchen wahrgenommenen ideologischen Vormachtstrebens der SED. Man zog sich zurück, wie z. B. Ernst Lemmer, der katholische Geistliche Melchior Grosseck oder Generalsuperintendent Friedrich-Wilhelm Krummacher. Da eine öffentliche Kritik jedoch unterblieb, konnte nicht verhindert werden, daß die Kulturbundspitze, nun mit Verweis auf die große Zahl der Parteilosen sowie die kleinere der verbliebenen Blockparteimitglieder, zunächst ihre andauernde Überparteilichkeit betonen konnte und dann, nach der Anerkennung des Führungsanspruchs der Einheitspartei, in der Lage war, auf die SED-Loyalität ihrer Repräsentanten zu verweisen.

Ebenfalls im Kontext des zunächst noch verdeckten Übergangs zur „Volksdemokratie“ und der mit ihm verbundenen Abgrenzung vom Westen stand drittens der Wandel der kulturpolitischen Konzeption. Für die früheren Jahre war die vom August bis zum Oktober 1946 in Dresden vom Kulturbund mitveranstaltete erste „Allgemeine Deutsche Kunstausstellung“ weithin charakteristisch gewesen. Hier waren Werke unterschiedlicher Richtungen gezeigt worden: Die Moderne, auch mit ihren abstrakten Repräsentanten, besonders aber Arbeiten, die von den Nazis unterdrückt und verboten gewesen waren, wie die Zeichnungen von Käthe Kollwitz oder die Skulpturen Ernst Barlachs. Charakteristisch für die sowjetischen wie für die deutschen Kommunisten war aber wohl schon damals, was Sergej Tjulpanov, Leiter der Informationsabteilung der SMAD, erinnerte, daß nämlich manche Kunstverständige einige Arbeiten nicht ausstellen wollten, weil sie dem widersprachen, was seinerzeit in der Sowjetunion als Kunstdoktrin herrschte und seit 1948 auch schrittweise für Ostdeutschland verbindlich werden sollte.

Entgegen der bislang betonten Pluralität begannen nun, ausgehend von einer Kulturtagung der SED im Mai 1948 und forciert durch Zeitungsartikel des Kulturoffiziers der SMAD, Alexander M. Dymshiz, die ersten Versuche, den sozialistischen Realismus in der SBZ/DDR durchzusetzen. Dies wirkte auch auf die Diskussionen im Kulturbund zurück, obwohl diese zunächst erstaunlich vielstimmig blieben. So wurde nach 1949 kritisiert, daß „die Aufstellung eines Codes allgemeiner und einheitlicher Prinzipien“ bzw. „die klare Scheidung in gut und böse“ dieselbe Gefahr in sich berge, wie sie auch in der NS-Zeit bestanden habe, und in den meisten Sphären der Kulturbundarbeit fand die Kampagne zunächst kaum statt. Seit 1950 wurde sie von der SED jedoch intensiviert und griff dann ab März 1951, ausgelöst durch die 5. ZK-Tagung der SED, auf den Kulturbund über. Während sie in den Künstlerverbänden, die – wie erwähnt – damals gerade unter dem Kulturbund-Dach entstanden, relativ ausführlich und kontrovers aufgenommen wurde, reagierte der Gesamtverband eher lustlos. Dies lag zum einen an den strukturell bedingt schlechten Kontrollmöglichkeiten der SED, zum anderen wohl auch an der Haltung

Bechers, der sich selbst auf der 5. ZK-Tagung mit ihren extrem schroffen Formulierungen im März 1951 zu diesem Thema durchaus differenziert und zurückhaltend äußerte.

Viertens: Leichter fiel dem Kulturbund der Wandel seiner deutschlandpolitischen Programmatik. An die Stelle der bis dahin explizit betonten nationalen Orientierung, die sich in verschiedenen gesamtdeutschen Tagungen, wie 1947 im Schriftstellerkongreß, gezeigt hatte, trat seit 1949 eine Position, die zwar an der Einheit Deutschlands formal und zunehmend kämpferisch festhielt, inhaltlich aber die DDR, die Integration in das „sozialistische Lager“ und die politische wie kulturelle Abgrenzung vom Westen favorisierte. Im Zentrum der neuen Weltsicht stand eine „eindeutige Stellungnahme zur Sowjetunion“. Dies forderte die SED verstärkt seit April 1949. Sie hatte Erfolg. In Becher, dem wohl vaterländischsten der deutschen Kommunisten, hatte zuvor allerdings der Parteifunktionär den Patrioten erschlagen müssen.

Die Wendung wurde auf dem zweiten Bundeskongreß im November 1949 vollzogen. Neben Bekenntnissen zur DDR und zur Freundschaft mit der Sowjetunion wie zu Stalin wurde hier dann auch die Transformation des Kulturbundes in eine Massenorganisation marxistisch-leninistischen Zuschnitts beschlossen. Dies war – wie die Akten belegen – im Präsidialrat zunächst auf Widerstand gestoßen. Dieser richtete sich allerdings weniger gegen die damit verbundene weitere Instrumentalisierung der Organisation, sondern galt vielmehr einem Funktionswandel des Kulturbundes, über den seinerzeit in der SED-Führung nachgedacht worden war. Als Interessenvertretung der akademisch qualifizierten und künstlerischen Intelligenz, speziell der Wissenschaftler, wollte ihn Anton Ackermann, als Verband für die „beste deutsche Intelligenz“ wollte ihn Klaus Gysi künftig wirken lassen. Dies konnte abgewendet werden: Der Bund verstand sich fortan weisungsgemäß als Massenorganisation, blieb aber tatsächlich ein „Bauchladen“, dessen Strukturen für „demokratischen Zentralismus“ nicht eben günstig waren.

Kurz zusammengefaßt: Grundsätzlich weisen Programmatik und Aktivität jener Jahre den Kulturbund als eine Organisation aus, deren Entstehung und Funktionswandel der jeweils aktuellen Politik von KPD/SED folgte. Entsprechend veränderte sich sein Profil von einem explizit antinazistischen, aber programmatisch pluralistischen Verband mit relativ weitem Handlungsspielraum zu einer Organisation mit tendenziell marxistisch-leninistischem Selbstverständnis und einem klar abgesteckten, jedoch intern genutzten Aktionsrahmen. Die Ausdifferenzierung der Mikrostrukturen machte ein Interessen- und Meinungsspektrum möglich, das breiter gefächert war, als die Zusammensetzung der engeren Führungsspitze vermuten ließ. Es fällt deshalb schwer, den Kulturbund ab 1949 als eine Massenorganisation marxistisch-leninistischen Typs mit voll ausgeprägten Funktionen zu klassifizieren. Angemessener scheint es, ihn als Verband zu begreifen, der zwar prinzipiell bereit war, der SED-Politik

zu folgen, dem jedoch eigene Handlungsspielräume eingeräumt worden waren, die er situationsabhängig auch nutzte. Belege für diese Wechselbeziehung sind nicht nur die Durchsetzung des sozialistischen Realismus, sondern auch die innerverbandliche Auseinandersetzung um den 17. Juni 1953, bei der es für DDR-Verhältnisse verhältnismäßig offen und kontrovers zuing.

Auch die Tatsache, daß der Kulturbund im Juni 1992 immerhin noch 100.000 Mitglieder zählte – 1988 waren es 277.327 –, mag als Indiz dafür gelten, daß er zumindest für einen Teil seiner Mitglieder mehr war als nur ein Instrument der Partei zu ihrer Fremdbestimmung.

Dieses Fazit deckt sich in seinen Grundzügen mit der Einschätzung, zu der ich schon 1989, vor der Öffnung der Archive, gekommen war. Das lag vor allem daran, daß die gedruckten Quellen, Zeitungen und Zeitschriften aus diesen Jahren, aber auch die übrigen Überlieferungen im Vergleich zu späteren Phasen der DDR-Entwicklung relativ ergiebig sind und auch die Publikationen des Kulturbundes einen guten Einblick ermöglichten. Natürlich ist das Bild seit dem Zugang zu den Archiven sehr viel dichter und bunter geworden. Gerade deshalb erscheint es mir wünschenswert, auch in diesem Bereich weitere Forschungen zu ermöglichen.

3. *„Funktion und Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer Vorgängerorganisationen“*

Prof. Dr. Lothar Dralle: Vor der Beschreibung der Funktionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (GDSF bzw. DSF) will ich einen kurzen Blick auf das Verhältnis der Deutschen zu den Russen werfen, wie es sich in den tausend Jahren vor ihrer Gründung entwickelt hat.

Die meisten Deutschen interessierten die Russen oder Rußland in der Regel nicht. Wurde ihre Aufmerksamkeit aber durch irgendwelche spektakulären Ereignisse geweckt, dann entwickelten sie gegenüber den Russen eine ambivalente Einstellung. Interesse wie Einstellung nahmen übrigens vom deutschen Nordosten nach Südwesten hin in ihrer Intensität ab.

Die Ambivalenz in der unterschiedlich stark präsenten Einstellung der Deutschen gegenüber den Russen wird durch zwei gegensätzliche Merkmale bewirkt. Einerseits fühlten sich die Deutschen den Russen überlegen, andererseits hatten sie Angst vor ihnen. Diese Zustandsbeschreibung gilt für 95 % der Deutschen oder mehr.

Eine weitere Vorbemerkung: In der Zeit der Weimarer Republik entstanden zwei Gesellschaften, die die Deutschen zu Freunden der Russen bzw. der Sowjets machen wollten. Hinter beiden, der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ wie dem „Bund der Freunde der Sowjetunion“, stand die Kommunistische Internationale. Von beiden kennen wir Mitgliederzahlen. Da

sie von DDR-Historikern ermittelt wurden, haben wir keinerlei Anlaß zu befürchten, daß sie etwa zu niedrig angesetzt seien. Die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“, die sich an die bildungsbürgerlichen Schichten Deutschlands wandte, zählte maximal 1.500 Mitglieder, das sind 0,002 % der deutschen Bevölkerung, angesetzt mit 80 Millionen. Der „Bund der Freunde der Sowjetunion“ sollte sich um Arbeiter jeder linken politischen Couleur kümmern. Diese Gruppe sah vielfach im sowjetischen System ihre Zukunft. Sie soll die Höchstzahl 50.000 Mitglieder gehabt haben. Das entspricht einem Anteil von 0,06 % der Bevölkerung. Unter zwangsfreien Bedingungen war nur eine lächerlich kleine Zahl von Deutschen so stark an der Sowjetunion und deren Menschen interessiert, daß sie einer Freundschaftsgesellschaft beitraten.

Die Grundstimmung der Masse der Deutschen gegenüber den Russen, das Überlegenheitsgefühl wie die Angst, sie wurden durch die skrupellose Propaganda der Nazis in den dreißiger und vierziger Jahren kräftig angeheizt. Die Rote Armee entsprach bei ihrem Vormarsch nach Deutschland auch durchaus diesen klischeehaften Vorstellungen. Ihr Barbarentum im ostpreußischen Nemmersdorf, ihr Verhalten, als sie dann endgültig im Reichsgebiet eindrang, das alles bestätigte, vergrößerte die Angst der Deutschen.

Trotzdem gab es Menschen unter ihnen, die dieses Gefühl entweder nie geteilt hatten oder sehr schnell überwand. Die ersten von ihnen – und das ist das früheste Datum, das sich im Zentralarchiv der DSF ausmachen ließ – fanden sich Mitte August 1945 „schon etwa sieben Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee“ in Leipzig zusammen. Die Gruppe organisierte kulturelle Vorträge und hörte russische Musik.

Der Leipziger Vereinigung folgten später andere. Sie agierten innerhalb des Kulturbundes. Es gab nicht viele von ihnen. In der DDR-Literatur wird die Zahl 14 genannt, sie weiß aber sonst kaum etwas über sie zu berichten. Die Gründe dafür sind einsichtig: Die meisten Deutschen waren damals mit dem nackten Überleben beschäftigt, und darüber hinaus wollten sie „sich keine Liebe zu Rußland oktroyieren lassen“; so deutlich formulierte das ein Kulturbundmitglied.

Neben den Kulturbundzirkeln entstanden noch Vereinigungen, die offenbar formal selbständig waren. Eine dieser Gruppen erreichte eine gewisse Bekanntheit. Es ist der „Deutsch-Russische Club“ in Weimar gewesen. Er wurde im Frühsommer 1946 gegründet.

Bei der Formierung wie bei der Arbeit hat die SMAD diesen Zirkeln Hilfe geleistet. Die Sowjets verfolgten dabei, wie bei ihrer eigenen Propagandaarbeit, im wesentlichen ein imagologisches Ziel. Wenn die Offiziere der politischen Abteilung der SMAD in Vorträgen vor deutschem Publikum in makellosem Deutsch mit ihren umfassenden Kenntnissen über Goethe, Schiller, Heine, Kant, Feuerbach oder Hegel und natürlich Marx brillierten, dann wollten

sie der Untermenschenpropaganda der Nazis entgegenarbeiten. An die Stelle des „jüdisch-bolschewistischen Untermenschen“ mit asiatischer Fratze sollte in den Köpfen der Deutschen der Sowjetmensch als kultivierter Europäer treten.

Diese moderate Linie wurde fast zwei Jahre lang verfolgt. Als sich Ende 1946/Anfang 1947 aber zeigte, daß die Geduld der westlichen Alliierten mit dem Generalissimus Stalin zu Ende ging, wurde sie abrupt verändert. Im Frühsommer 1947 entstanden Hals über Kopf in allen Ländern der SBZ „Gesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ (GSKSU). Dabei wurde der Anschein erweckt, als handle es sich um eine Bewegung, die aus der Bevölkerung kam und der die Sowjets ihre Zustimmung und Unterstützung nicht verweigern wollten. Tatsächlich aber war es eine von ihnen inszenierte Kampagne. Es sah nur demokratisch aus, aber die SMAD hatte alles in der Hand. Das Fundament der Landesgesellschaften war noch nicht ganz fertig, da entstand bereits das Dach des neuen Gebäudes. In Berlin wurde eine zentrale Organisation gegründet.

Zu ihrer Gründungsversammlung lud Oberst Tjulpanov zum 30. Juni 1947 Vertreter der Landesgesellschaften und andere Personen seiner Wahl ein. Die Reden, die an diesem Tag gehalten worden sind, belegen, daß es den Sowjets nun nicht mehr allein um ihr Bild in den Köpfen der Deutschen ging. Jetzt wollten sie mehr.

Tjulpanov machte klar, daß die Gesellschaft eine Massenorganisation werden sollte; sie habe, so verlangte er, die „breiten Massen der Arbeiter, der Bauern und des Mittelstandes und auch gewiß die Intelligenz“ aufzunehmen. Inhalt ihrer Arbeit sollte zwar die Kultur sein, aber in einem sehr weitherzig verstandenen Sinn. Denn, so erläuterte der Oberst, „Kultur bedeutet nicht nur Gemälde, Theater, Kino, Bücher usw., Kultur heißt auch verstehen, wie der Staat gebildet wurde, also die Lehre des Staates von Marx und Lenin.“ Er fragte: „Wo sehen wir die Richtlinien unserer Entwicklung?“ und antwortete sich selbst: „Bei den alten, schon so viele Male beerdigten Marx, Engels, Lenin und bei Stalin.“

Da nach einem russischen Sprichwort die Wiederholung die Mutter der Weisheit ist, hämmerte er den Versammelten noch einmal ein:

„Man muß und kann sich nicht nur beschränken auf die sogenannte schöne Kunst. Wer über die Sowjetunion wirklich etwas wissen will, muß auch verstehen, was heißt Kolchosen, was sind Bolschewiki, was haben sie gemacht ... In der ganzen Welt spricht man über Sozialismus, und man muß in dieser Gesellschaft klar zum Ausdruck bringen, was ist eigentlich Sozialismus.“

In seinen Sätzen kommt das typische leninsche Verständnis einer Massenorganisation zum Ausdruck. Sie hat Transmissionsriemen zu sein, mit dem die Auffassung der Partei an Bevölkerungskreise herangebracht wird, die sie selbst unmittelbar nicht erreichen kann oder nicht erreichen will.

Die zweite, längere Rede an diesem Abend hat Jürgen Kuczynski gehalten. Ihn hat Tjulpanov bereits am 14. Juni 1947 darüber informiert, daß er Präsident der erst zu gründenden Gesellschaft zu werden habe. Seine Rede war also wohl vorbereitet und gewiß mit Tjulpanov abgestimmt.

Ihr Schlüsselsatz lautet:

„Wer ... den menschlichen Fortschritt, wie er sich in der Sowjetunion manifestiert, haßt und verachtet, der ist selbst hassenswert und verächtlich, denn er stellt unter Beweis, daß er, wie Plato es nennt, barbarisch ist, daß er keinen Sinn für Kultur hat.“

Was Kuczynski dem folgen ließ, scheint dann auf einen Dissens zwischen ihm und Tjulpanov hinsichtlich der Funktionen der neuen Gesellschaft hinzuweisen. Als Aufgaben benannte er erstens die Reproduktion von Kulturwerken der Sowjetunion – Übersetzung von Romanen, Gedichten, wissenschaftlichen Werken sowie Aufführung von Theaterstücken, Filmen usw.- und zweitens die Produktion von Werken über die Sowjetkultur, ausgehend vom einfachen Vortrag bis zum wissenschaftlichen Buch.

Sein Kulturbegriff schien enger zu sein. Aber Kuczynski sprach nur nicht offen aus, was Tjulpanov unverblümt verlangt hatte. Aus seinem einleitenden Satz vom „menschlichen Fortschritt“ darf getrost geschlossen werden, daß der das Maß aller Dinge war, daß sich jedes Gesellschaftsmitglied diesen Fortschritt und seine Quellen – den Marxismus-Leninismus-Stalinismus – zu eigen zu machen habe. Kuczynski war an diesem Tag für die Taktik zuständig, Tjulpanov für die Strategie. Der Oberst gab das Fernziel vor, der Deutsche beschrieb offen nur eine Etappe auf dem Weg dahin.

Der Grund für diese Doppelstrategie ist wohl in den unterschiedlichen Schicksalen zu sehen, die beiden Reden beschieden waren. Kuczynskis harmloser Vortrag wurde in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht. Tjulpanovs Gebote blieben den Deutschen damals unbekannt. Ihr Inhalt war ihnen noch nicht zuzumuten; immerhin hatte Kuczynski in seiner Rede eingestanden, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen antisowjetisch eingestellt sei.

Zusammengefaßt: Die neue Gesellschaft sollte den Besitzstand der Sowjetunion ideologisch absichern. Durch ihre Arbeit sollte in Deutschland ein erster, einstweilen nur geistig-ideologischer „antifaschistischer Schutzwall“ errichtet werden.

Die Anweisungen Tjulpanovs für die Gesellschaft waren eines, ihre Umsetzung in die Praxis aber war etwas ganz anderes. Die Gesellschaft hatte große Schwierigkeiten, eine Massenorganisation zu werden. Dafür sind unterschiedliche Gründe verantwortlich. Vor allem hinderte der weitverbreitete Antisowjetismus der Deutschen diese daran, der neuen Gesellschaft beizutreten. Daneben war es aber wohl auch die dürftige Fähigkeit zur Organisation, die die Gesellschaft nur ganz langsam wachsen ließ. Auch dafür lassen sich

wieder mehrere Ursachen anführen, etwa die katastrophalen Kommunikationsverhältnisse der ersten Nachkriegsjahre oder die mangelhaften beruflichen Qualitäten des Personals der Gesellschaft.

Freilich, es gab auch Menschen, die hinsichtlich der Sowjets anders dachten als die große Mehrheit ihrer Mitbürger. Dazu zählten diejenigen Angehörigen des deutschen Bildungsbürgertums, die sich für die Sowjetunion bzw. die Russen seit eh und je interessierten. Hierher gehörten aber auch jene, die wegen des Verhaltens der Deutschen zwischen 1933 und 1945, insbesondere gegenüber den Völkern der Sowjetunion, Scham und Reue empfanden und sich nun wenigstens über diese Menschen informieren wollten, indem sie beispielsweise deren Sprache erlernten. Von Beginn an sind der Gesellschaft selbstverständlich auch Menschen aus opportunistischen Gründen beigetreten.

Organisatorisch sind bei der Gesellschaft zwei Ebenen zu unterscheiden: die der hauptamtlichen und die der ehrenamtlichen Funktionäre. Die letzteren waren zunächst fast durchwegs parteilos oder gehörten den bürgerlichen Parteien an, waren dafür aber in ihrer jeweiligen Umgebung prominent. Sie erfüllten also die Funktion eines Aushängeschildes. Die hauptamtlichen Mitarbeiter waren von Beginn an meist Mitglieder der SED. Angehörige von Blockparteien fanden sich selten. Die Hauptamtlichen waren, je länger die Gesellschaft existierte, um so stärker diejenigen, die Inhalt und Richtung der Arbeit bestimmten. Ihre Zahl sollte unaufhörlich wachsen. Die Gesellschaft gehörte von Beginn an auf ihren jeweiligen Ebenen zur Nomenklatura der SED. Ihre hauptamtlichen Funktionäre wurden ihr von der Partei zugewiesen – und auch wieder weggenommen. 1949 waren es vor allem Heimkehrer aus der UdSSR, die dort eine Antifa-Schule besucht hatten, die die Partei in der Gesellschaft unterbrachte.

Werfen wir einen Blick auf die Aktivitäten der Gesellschaft. Von Beginn an lassen sich zwei Bereiche in ihrer Arbeit unterscheiden.

Die Hauptamtlichen hatten vor allem Interesse an einem politisch-propagandistischen Wirken. Mit ihm begannen auch die Aktivitäten der meisten Ortsgruppen. Diese nahmen ihre Öffentlichkeitsarbeit häufig mit den Feiern zum 30. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ im Herbst 1947 auf. Diese Jubiläumsveranstaltungen waren jedoch keineswegs überall ein einziger Propagandarummel. Häufig boten sie den ehrenamtlichen Ortsgruppenvorsitzenden die Gelegenheit, mit einem interessanten Kulturprogramm an die Öffentlichkeit zu treten. Das Kulturprogramm im engeren Sinn, also russische Literatur, russisches Theater, russische Musik, war der zweite Bereich des Wirkens der Gesellschaft. Er geriet gegenüber dem ersten bald ins Hintertreffen, denn die SED war daran wenig interessiert. Da sie es aber gewesen ist, die die Gesellschaft in ihrer Arbeit anleitete, konnte sie ihre Auffassung schnell durchsetzen. Die DSF unterstand direkt dem Zentralsekretariat der SED, und zwar der Abteilung Kultur und Erziehung. Von dort bekam sie regelmäßig

vorgeschrieben, was sie zu tun hatte. Die ursprünglichen Zielvorgaben der Sowjets wurden von der SED selbstverständlich nicht verändert. Doch der Kanon der Aufgaben wurde im Gefolge der Intensivierung des Kalten Krieges vielfältiger. Da die Gesellschaft in ihren Aktivitäten getreulich den Vorgaben der SED folgte, mutierte sie schnell zu einem Allzweckwerkzeug, zu einem allgemeinen Propagandainstrument, das bei jedem der vielen Agitprop-Feldzüge der SED eingesetzt wurde:

- Sie propagierte beispielsweise den Zwei-Jahres- und dann den Fünf-Jahres-Plan sowie die Volkskongreßbewegung.
- Sie kämpfte mit der Partei um den Frieden und mit der Nationalen Front um die Gründung von Haus- und Hofgemeinschaften.
- Sie sammelte und versandte die Geschenke, die Parteien, Massenorganisationen, Betriebe und Verwaltungen der SBZ Stalin zum 70. Geburtstag zu machen hatten.
- Sie organisierte die Gründung einer gleichnamigen Gesellschaft in der Bundesrepublik. Sie leitete sie an, setzte ihr die Ziele, schulte ihre Funktionäre und erlitt mit ihr – und zwar lange vor dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht – kläglich Schiffbruch.
- Sie gewann schließlich – im Sprachgebrauch der DSF – unvergänglichen Ruhm durch ihren Kampf für die Einführung sowjetischer Neuerer-Methoden in den Betrieben und auf den Äckern der SBZ bzw. der DDR.

Sie wurde also zu einer Propagandaorganisation.

Allenfalls an solchen Aktivitäten vermochte die Bevölkerung zunächst zu erkennen, daß die Gesellschaft durch die SED gesteuert wurde. Zu Beginn des Jahres 1949 änderte sich das. Die Partei saß jetzt so fest im Sattel, daß sie auf der ersten Parteikonferenz allen Massenorganisationen einen Tätigkeitsrahmen im allgemeinen wie im besonderen vorschreiben konnte. Vom Januar 1949 an wußte jeder Zeitungsleser der SBZ, daß auch die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ ein Teil des SED-Herrschaftsapparates war. Es mag sich komisch anhören, aber das ist bei nicht wenigen Deutschen durchaus als eine Verbesserung des Status der Gesellschaft angesehen worden; die hatten sie nämlich bisher für eine direkte „Russenorganisation“ gehalten; nun hielten sie sie für eine indirekte „Russenorganisation“.

Nicht in jedem Fall war die Gesellschaft bzw. ihre Leitung jedoch bereit, beflissener Erfüllungsgehilfe der SED zu sein. Ein Beispiel dafür: Anfang 1949 wurden Überlegungen für eine Namensänderung der Gesellschaft angestellt. Das Politbüro der SED favorisierte dabei einen anderen Namen als Kuczynski. Der spielte jedoch mit der SMAD zusammen und machte das der Partei auch klar. Pikiert erklärte sich das Politbüro deshalb zunächst außerstande, vor einer Stellungnahme der SMAD seinerseits in der Namensfrage offiziell Position zu beziehen. Wenige Tage später ließ die Partei der Gesellschaft dann

aber doch, durch eine niedrigere Ebene, ihren Namenswunsch mitteilen: „Das Kleine Sekretariat schlägt vor“, so heißt es in einem Brief, „den Namen der Gesellschaft in die 'Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion' abzuwandeln.“ Kuczynski und Tjulpanov hielten dagegen, daß die aus der Zeit der Weimarer Republik übernommene Bezeichnung „Freunde“ nach dem Überfall Hitlers auf die SU nicht mehr möglich sei. Dem hatte sich die SED anzuschließen. Aus der GSKSU wurde auf ihrem zweiten Kongreß im Sommer 1949 eine bloße „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.“

Dieser Kongreß hatte jedoch nicht nur Bedeutung für den Namenswechsel. Er war auch die Veranstaltung, auf der die Gesellschaft endgültig bolschewisiert wurde. Seiner Organisationskommission lag der Antrag der obersten Leitung vor, in den Statuten der Gesellschaft die Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ festzuschreiben.

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder hat das, das machen die Diskussionsbeiträge klar, nicht gewollt. Sie ließ sich in ihrer Ablehnung auch nicht durch linientreue Teilnehmer irritieren, die einerseits meinten, dieses Prinzip gelte eh schon, bzw. die andererseits mit der Einführung des Begriffs „geographischer Zentralismus“ alles vernebeln wollten. Freilich beschlossen die Delegierten in dieser Frage eine Formulierung, die von der Zonenleitung der Gesellschaft ohne große semantische Verrenkungen als Annahme dieses leninschen Prinzips gewertet werden konnte und gewertet wurde. In der Folge wurden die fünf Landesgesellschaften und der Berliner Landesverband, die bisher ein ziemlich unabhängiges und mitunter auch buntes Eigenleben geführt hatten, an die immer kürzer werdende Leine der Zentrale genommen.

Der Generalsekretär Hans Mark beschrieb diese Veränderung mit folgenden Sätzen in einem Bericht an den Parteimann Fred Oelssner: Wenn vorher „die Aufgaben des Zentralen Sekretariats auf Beschaffung von Material und Koordinierung der Arbeit beschränkt“ waren und „die Länder durch eine verstärkte Kontrolle durch das Zentrale Sekretariat den Verlust ihrer Selbständigkeit befürchteten“, so wurden durch den Kongreß eine Reorganisation und Verstärkung der Landessekretariate durchgeführt und damit die Voraussetzungen für eine fester gefügte, zentral gelenkte Organisation geschaffen. Die Landessekretariate, die bis dahin den Landesvorständen verantwortlich waren, wurden der Zentrale unterstellt.

Spürbar wurde diese kurze Leine zum ersten Mal bei der zonenweiten Mitgliederkampagne, die im Herbst 1949 auf Anweisung der SED gestartet wurde. Allein die Zentrale organisierte und dirigierte; die Landesorganisationen wurden zu bloßen Erfüllungsgehilfen degradiert. Die generalstabsmäßig organisierte Aktion, bei der massiver Druck ausgeübt und eine Reihe potemkinscher Dörfer errichtet wurden, ließ die Mitgliederzahlen der Gesellschaft explosionsartig anschwellen. War die Gesellschaft vor dem zweiten Kongreß auf knappe 70.000 Mitglieder stolz gewesen, so führte sie am Jahresende weit über

600.000 in ihren Karteien. Beide Zahlen sind im übrigen alles andere als vertrauenswürdig.

Durch die Mitgliederpressungskampagne war die Politik Kuczynskis in dieser Frage von der SED konterkariert worden. Der Präsident der Gesellschaft hatte offenkundig – er war ja im englischen und nicht im sowjetischen Exil gewesen – andere Größenvorstellungen von einer Massenorganisation. Er wollte allein von der Sache überzeugte Mitglieder aufnehmen, die auch bereit waren, sich aktiv an der Arbeit der Gesellschaft zu beteiligen. Ein Bündnis mit dem FDGB, um die Arbeiter massenweise in die Gesellschaft zu treiben, hatte er noch auf dem zweiten Kongreß abgelehnt.

Der Präsident hatte sich bei der Partei aber auch sonst noch unbeliebt gemacht, beispielsweise beim Namensproblem oder durch energische Proteste gegen die Zusammenstellung von DSF-Delegationen in die Sowjetunion bzw. nach Polen durch die SED ohne Beteiligung der DSF-Führung.

Dafür mußte er irgendwann die Quittung bekommen. Im Sommer 1950 war es soweit. Am 19. Juni 1950 tagte der Gesamtvorstand der Gesellschaft. Das Kommuniqué dieser Zusammenkunft erhält die folgenden Sätze:

„Auf einer Sitzung ... bat Professor Jürgen Kuczynski darum, von seiner Funktion als Präsident der Gesellschaft entbunden zu werden, um sich in Zukunft ausschließlich seinen wissenschaftlichen Arbeiten ...widmen zu können. Auf Vorschlag von Professor Kuczynski wurde an seiner Stelle der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Friedrich Ebert, einstimmig zum neuen Präsidenten der Gesellschaft gewählt.“

Mit dem Gründungspräsidenten fiel auch der Generalsekretär Hans Mark.

Warum mußte Kuczynski gehen? Ursache war nach seiner eigenen Meinung der Antisemitismus sowjetischer Funktionäre. Das kann durchaus zutreffen. Aber weder war Kuczynski der einzige Jude in oberen Rängen der DDR, noch war er nur Jude. Wir haben keinen Anlaß, an seiner kommunistischen Überzeugung und seiner Treue zur Partei zu zweifeln. Aber er war, wie er selbst formuliert hat, nicht nur Kommunist, sondern auch Wissenschaftler, Intellektueller, noch dazu einer, der aus der westlichen Emigration zurückgekehrt war. Er wurde weder von den Angstneurosen der Moskauemigranten geplagt noch war ihm deren dumpfe Apparatschikmentalität eigen. Er dachte nicht eingleisig, sondern in Alternativen. Im Ziel war er sich gewiß mit einem Ulbricht oder einem Ebert einig, ob aber auch in den Wegen zu diesem Ziel? Darüber hätte er wohl gerne immer wieder diskutiert. Ich zweifle allerdings nicht, daß er den Vorgaben der Partei schließlich Folge geleistet hätte.

Faßt man alle Überlegungen zusammen, dann mußte der jüdische, intellektuelle Westemigrant, der getrieben war von der aufklärerischen Vision, die geistige Elite des deutschen Volkes im eifrigen Streben nach Erkenntnis über die Sowjetunion in seiner Organisation vereint zu sehen, ihr zu Füßen die

„breite Masse des Volkes“, in dem Augenblick einem visions- wie kenntnisarmen Parteiwibel weichen, wo geistige Beweglichkeit unerwünscht, unkritische beflissene Weisungserfüllung aber Gebot der Stunde war.

Daß mit dem Präsidenten auch der Generalsekretär fiel, ist leichter zu erklären. Hans Mark war nach dem Urteil seines Stellvertreters Hamacher ein organisatorisches Antigenie. Seine unzureichenden organisatorischen Fähigkeiten illustriert bildhaft eine Geschichte, die die langjährige Chefin des gesellschafts-eigenen Verlags, Irene Gysi, zum besten gegeben haben soll. „Eines schönen Tages“, so erzählte sie, „erschien Hans bei mir. Mit bedrückter Miene erklärte er: 'Paß auf, Irene, du mußt jetzt ein Büchlein führen. Auf die eine Seite schreibst du das, was du einnimmst, auf die andere das, was du ausgibst.'“ „Zu diesem Zeitpunkt“, so soll Frau Gysi die Marksche Anweisung ergänzt haben, „hatte ich im Verlag bereits 20 Buchhalter.“

Das neue Gespann Ebert/Grünberg parierte die Order der Partei. Die Gesellschaft funktionierte fortan genau so, wie die Partei es verlangte. Freilich gab es zu diesem Zeitpunkt noch immer Menschen in ihr, die meinten, sie habe ganz anders zu arbeiten. Diese Reste bildungsbürgerlicher Mitgliedschaft der ersten Jahre wurden deshalb vom gehorsamen, weil parteigeschulten Funktionärs-nachwuchs hart bedrängt. Rausschmeißen müsse man solche Leute, forderte beispielsweise ein Kreissekretär auf einer Landeskonferenz in Brandenburg, oder jedenfalls mal so richtig schulen. Die Bildungs- wie Versöhnungswilligen der ersten Stunde zogen sich mit der DDR-typischen Freiwilligkeit zurück und überließen das Feld den in leerer Betriebsamkeit geübten Apparatschiks.

Die DSF wurde in schnellem Tempo nun endgültig Vielzweckwaffe im Propagandagetriebe der SED. Ihr Apparat wächst derartig, daß er sich zuletzt selbst genügt hätte und durchaus ohne Mitglieder ausgekommen wäre. Diese Erkenntnis war im Jahre 1990 im Gesamtvorstand der Gesellschaft durchaus noch präsent. Ich habe sie in Berlin mit eigenen Ohren gehört.

Wenn ich zum Schluß zusammenfasse, dann ergibt sich folgendes Bild: Die wenigen Studienzirkel der Jahre 1945 bis 1947 sind auf freiwilliger Basis entstanden. Gegen ihre Verwandlung über die Stufe einer „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ hin zur „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, zu einem jener Transmissionsriemen, mit denen die Partei ihren Willen der Bevölkerung aufzwang, haben ihre Mitglieder Einspruch erhoben. Zahlreiche Diskussionsbeiträge auf den Jahresversammlungen der frühen Jahre, bis etwa 1950/51, in den Ländern wie im „Zonenmaßstab“, legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Er wurde überhört.

Wie weit die Vorstellungen von Apparat und Mitgliedschaft über die Inhalte der Arbeit auch nach dem zweiten Kongreß und dem Sturz Kuczynskis auseinanderklafften, macht eine Umfrage deutlich, die die Gesellschaft im Herbst 1956 unter der Bevölkerung der DDR veranstaltete. Deren Ergebnisse zeigen, daß viele Mitglieder nach neun Jahren Tätigkeit der DSF nicht

einmal die primitivsten Kenntnisse über die Verhältnisse in der Sowjetunion besaßen, daß die meisten einen direkten Kontakt mit einfachen, normalen sowjetischen Menschen wünschten, daß vielen die so maßlos übertriebene Lobhudelei hinsichtlich der Errungenschaften der Sowjetunion gründlich zuwider gewesen ist. An dieser Einschätzung der Gesellschaft hat sich bis zum Ende der DDR wohl nichts Wesentliches geändert. Das zeigt ihr rapider Schrumpfungsprozeß nach dem 9. November 1989. Bis zum Februar 1991 schmolz die zweitgrößte Massenorganisation nach dem Gewerkschaftsbund von 6,3 Millionen Mitgliedern – das waren 37 % der DDR-Bevölkerung – auf 20.000 = 0,1 % zusammen. Neben dem staatlichen Zwang war am 9. November 1989 auch die „inoffizielle Rolle“ der DSF weggefallen. Sie war von den Apparatschiks als eine jener Organisationen eingeordnet worden, bei der die allein zahlende Mitgliedschaft als Nachweis gesellschaftlicher Aktivität anerkannt wurde. Eine private Nische brauchte zwischen Elbe und Oder nun niemand mehr durch solchen Nachweis abzusichern.

Wenn Russen und Rußland heute in der gesamtdeutschen Bevölkerung verbreitet große Sympathien genießen, dann ist das also kaum dem Wirken der DSF, sondern vor allem der Person und der Politik Gorbatschows zu verdanken.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Vielen Dank, Herr Professor Dralle. Man fragt sich unwillkürlich, was eine solch erzwungene Völkerfreundschaft diesem durch viele Ereignisse belasteten Verhältnis zwischen Deutschen und Russen angetan haben mag. Vielen Dank an die drei Vortragenden und an diejenigen, die das vorbereitet haben.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich habe die Frage, welche Rolle Johannes R. Becher und der gesamte Kulturbund bei der Aussonderung oppositioneller Künstler gespielt hat.

Zur DSF habe ich folgende Fragen: Wußten Sie, daß 80 % der Arbeitnehmer in der DDR die Auszeichnung „Sozialistisches Kollektiv“ trugen und daß man nur etwas erreichen konnte, wenn man Mitglied der DSF war? Wußten Sie, daß man gezwungen wurde, in die DSF einzutreten, wenn man studieren wollte? Ich frage das deshalb, weil beides in unserem Leben eine große Rolle gespielt hat.

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Heider. Können Sie etwas zu den Beziehungen zwischen dem Kulturbund und dem Schriftstellerverband sagen, etwa zur Rolle Hermann Kants?

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Zum Vortrag von Herrn Professor Dralle habe ich eine Anmerkung: Sie hatten davon gesprochen, daß die Prononcierung der sowjetischen Kunst, nämlich der Theaterwissenschaften und der Theateraufführungen, von ganz herausragender Bedeutung für das Wirken und das Erscheinungsbild der Gesellschaft gewesen ist. Sie haben etwas ganz

Wichtiges vergessen, nämlich den sowjetischen Film. Dazu gab es Zwangsveranstaltungen; ganze Betriebe wurden abgeordnet, diese Filme anzusehen.

Zum Selbstverständnis dieser Organisation ist zu sagen, daß sie zwar „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ hieß. Das Eigenverständnis war aber so hoch, daß das „G“ weggelassen wurde und man nur noch von „DSF“ gesprochen hat. „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ stand für die Gesellschaft. Das ging soweit, daß in offiziellen staatlichen Fragebögen statt „GDSF“ „DSF“ stand. Die Blockparteien hatten dazu ein anderes Verständnis; in deren Fragebögen stand „GDSF“.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Hat es in der Anfangsphase des Kulturbundes Pluralismus gegeben? Hat man Pluralismus genehmigt? Nach der Nazizeit war das in Deutschland das Neue, daß nicht nur eine Meinung zur Geltung kam. Es kam z. B. die von den Nazis als entartet bezeichnete Kunst zurück. Es kam die Jazzmusik aus den USA usw. Inwieweit hat dieser Pluralismus, dieses Hineindringen von Kunstrichtungen, die in der NS-Zeit verboten und unbekannt waren, eine Rolle gespielt?

Sie haben die Bemerkung gemacht, daß alte Pgs in den Kulturbund aufgenommen wurden. Ich stelle die Behauptung auf – und dafür gibt es Belege –, daß die SED und vorher die KPD bestimmte, wer alter Nazi war. Insofern würde ich diese Begebenheit vorsichtig bewerten.

An Herrn Braun habe ich die Bitte, die Situation der Katholiken im Eichsfeld vertiefend zu erläutern.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe eine Frage zur Finanzierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Hatte die Gesellschaft Finanzautonomie, oder hat es indirekte Finanzierungsmodelle gegeben? War aufgrund des Beitragsaufkommens das Finanzvolumen so hoch, daß man noch andere Institutionen mitfinanzieren konnte, oder hat die Gesellschaft aus anderen Quellen Mittel erhalten? Im Hinblick auf die Struktur der Gesellschaft wäre es wichtig, dies zu erfahren.

Auch zum Kulturbund stellt sich die Frage, ob dieser aus dem öffentlichen Haushalt finanziert worden ist oder ob es andere Formen der Finanzierung gegeben hat. Das ist wichtig zu wissen, denn die finanzielle Selbständigkeit wäre ein Ausdruck von relativer Unabhängigkeit.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Mir ist aufgefallen, wie trotz der Verbreitung des russischen Sprachunterrichts in den Schulen die russische Sprachfähigkeit der Menschen relativ gering ausgeprägt gewesen ist. Das hängt sicherlich mit der mangelnden Übung zusammen; mit den stationierten Militärs durfte man nicht sprechen. Könnte es aber auch sein, daß es mit einer Aversion gegenüber Russen und der russischen Sprache zusammenhängt?

Meine weitere Frage richtet sich an Herrn Dr. Braun: Welche Rolle spielte im Selbstverständnis der Geschichte der DDR die „Thüringen-Phase“?

Prof. Dr. Lothar Dralle: Der Zwang zum Eintritt in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war von Anfang an groß. Der Zwang wurde in der SED selbst ausgeübt. Auf dem III. Parteitag ist kontrolliert worden, ob die Delegierten Mitglied der DSF gewesen sind.

Der Kulturbereich – Theater, Musik, Literatur – ist relativ schnell stark zurückgetreten zugunsten des rein propagandistischen Sektors, zu welchem ich stillschweigend den sowjetischen Film gerechnet habe. Die Masse der Filme, die man sich anschauen mußte, war entsetzlich. Es gab ganz wenige Ausnahmen.

Das Eigenverständnis der Gesellschaft, daß sie auf das „G“ glauben verzichten zu können, war dadurch bewirkt, daß die Kommunistische Partei im Frühjahr 1944 der Auffassung gewesen ist, daß das Nachkriegsdeutschland mit allen seinen Nachbarn in Frieden, mit der Sowjetunion aber in einer besonderen Freundschaft leben sollte. Der Präsident der DDR und Ehrenpräsident der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ hat die Freundschaft zur Sowjetunion zur Herzenssache aller Deutschen erklärt. Das hat den Funktionären der Gesellschaft – nicht unbedingt den Mitgliedern – gegenüber allen anderen Massenorganisationen eine relativ starke Stellung gegeben. Sie haben wirklich geglaubt, daß der Apparat der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ ganz allein die Freundschaft zur Sowjetunion repräsentieren kann.

Die Finanzierung war ein heikles Problem. Zu Beginn waren die Beiträge so niedrig, daß die Gesellschaft nicht existieren konnte. Sie betragen zwischen 10 Pfennig und einer Mark. Zusätzlich hatte ihr die SMAD ein riesiges Finanzproblem aufgehalst. Den Ortsgruppen wurden Häuser aufgedrängt, die sie renovieren und einrichten mußten. Was das im Jahre 1947 bedeutet hat, kann sich jeder vorstellen. Im Frühjahr 1948 war es so, daß fast alle Landesverbände von den Schulden erdrückt wurden; sie hatten etwa 300.000 Mark Verbindlichkeiten, die sie nicht begleichen konnten. Zunächst haben sie versucht, Kredite aufzunehmen. Das wurde ihnen von der Zentrale untersagt. Schließlich wurde die Lösung gefunden, daß die öffentliche Hand die Schulden der Gesellschaft übernahm und daß der Gesellschaft in den meisten Landeshaushalten etwa 400.000 bis 500.000 Mark pro Jahr avisiert wurden. Diese Art der Finanzierung durch die öffentliche Hand dauerte bis zum Beginn der sechziger Jahre. In der Zwischenzeit hatte die DSF zwar die Beiträge erhöht, aber ihr organisatorisches Potential war nicht so groß, daß sie die Beiträge alle einsammeln konnte. Das schaffte sie erst Anfang der sechziger Jahre. Von da an reichte das Beitragsaufkommen für die Finanzierung der Arbeit der Gesellschaft. In der Regel blieb sogar etwas übrig.

Die Gesellschaft konnte also großartige solidarische Spenden nach Vietnam usw. geben oder in der Endphase Päckchen in die Sowjetunion schicken.

Es handelte sich also um eine mehrstufige Finanzierung. Die Anschubfinanzierung erfolgte durch die SMAD und zwar, wie Oberst Tjulpanov das formuliert hatte, aus dem Profit der „Täglichen Rundschau“. Von diesem Geld wurde den Landesgesellschaften 1 Million Mark überwiesen. Aus den Quellen lassen sich maximal 750.000 Mark nachweisen. Eine Viertelmillion Mark ist auf der Strecke geblieben. Vielleicht hatte er auch nur eine runde Zahl gewählt.

Dr. Magdalena Heider: Ich beantworte zwei Fragen zusammen, und zwar die Frage nach der Rolle Johannes R. Bechers und des Kulturbundes gegenüber Oppositionellen und die Frage nach dem Pluralismus. Dazu müssen Phasen unterschieden werden. In der Frühphase vor 1948 kamen z. B. zur Dresdner Kunstausstellung, in der Werke gezeigt wurden, denen die Sowjets widersprochen haben, 70.000 Besucher. Diese Pluralität stieß bei den Deutschen, die das nicht gewohnt waren, auf Widerstand. In den Archiven der PDS, des Kulturbundes und des Becher-Archivs ist nichts zu finden, daß der Kulturbund Druck auf Künstler ausgeübt hätte. Damals waren die Grenzen noch offen, deshalb hatte es ein natürliches Ausscheiden gegeben, entweder den Austritt oder die Übersiedlung nach Westdeutschland.

Ab 1948 wurde der sozialistische Realismus, diese Kunst doktrin, immer mehr durchgesetzt. Dazu ist eine Aussage Ulbrichts bekannt, wonach die Parteigenossen Künstler ihre eigene Meinung haben könnten, nach außen hätten sie sich aber als sozialistische Realisten darzustellen. Zu dem Thema haben im Kulturbund aber kaum Diskussionen stattgefunden – zumindest habe ich in den Archiven nichts gefunden. Das liegt aber wohl daran, daß sich weder die Philatelisten noch die Ornithologen für dieses Thema interessierten. Lediglich die Künstlerverbände hätte es interessieren können. Sie hatten sich erst 1950/51 im Kulturbund konstituiert, vorher waren sie selbständig oder als „Schutzverband Deutscher Autoren“ in der Gewerkschaft integriert. Bei ihrer Gründung wurde ihnen versichert, daß sie eine gewisse Selbständigkeit haben werden, die sie tatsächlich auch hatten. Lediglich im Schriftstellerverband hat es Kritikpunkte gegeben. Ich habe allerdings kein Beispiel gefunden, das belegen könnte, daß vom Kulturbund Druck ausgeübt wurde.

Was Johannes R. Becher anging, so hatte er zum sozialistischen Realismus eine differenzierte Haltung. Auf der ZK-Tagung hat er darauf hingewiesen, daß nicht alle Realisten Sozialisten seien, und gesagt, daß die Betriebsliteratur während der NS-Zeit durchaus realistische Literatur sei, noch lange aber keine sozialistisch-realistische. Er hat sich in dieser Frage stark zurückgehalten.

Der Kulturbund mit seinen vielen verschiedenen Interessenrichtungen war nicht so ohne weiteres zentralistisch zu organisieren. Bei der Führungsspitze und den Landesvorständen später mag das noch geklappt haben. Darunter war es schwierig. Ich möchte Johannes R. Becher nicht allzu sehr loben, aber ich

habe den Eindruck, daß er erstens kein Organisator gewesen ist, daß er aber auch nicht versucht hat, den Verein von jemand anderem durchorganisieren zu lassen.

In der Frühzeit vor 1948 hatten Kulturbund und Schriftstellerverband relativ viel Spielraum. Wahrscheinlich war der Schriftstellerverband für die Parteiarbeit wichtig. Durch ihre Mitgliedschaft im Kulturbund hatte man die Schriftsteller unter Parteikontrolle.

Zur Aufnahme von Pgs ist zu sagen, daß in der Anfangsphase des Kulturbundes die Umerziehungsaufgabe wichtig gewesen ist. Das geht aus Satzung und Archivhinweisen hervor. Es wurde argumentiert, daß niemand etwas davon habe, wenn die Pgs ausgestoßen würden, denn dann könnten sie eine Gefahr für das politische System werden. Wenn sie jedoch integriert, kontrolliert und umerzogen würden, könnten sie neutralisiert werden; damit sei ein Stück gewonnen. Außerdem hat es Vorbehalte gegeben, daß sie nicht in Führungspositionen kommen dürften.

(Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Wissen Sie das nur aus den Akten des Kulturbundes?)

– Ich habe zwar Zeitzeugen interviewt, jedoch nicht im Hinblick auf dieses Thema. Meine Aussagen zur Aufnahme von Pgs stützen sich auf Material des Kulturbundes.

Zur Finanzierung des Kulturbundes gibt es den Hinweis darauf, daß 1945 die KPD dem Kulturbund 2.000 Mark finanzielle Unterstützung gegeben hat. Außerdem gab es Mitgliederbeiträge. Zusätzlich erreichte der Kulturbund über die Veranstaltungen viele Leute. Davon hat es Eintrittsgelder gegeben. Auch vom Aufbauverlag hat der Kulturbund Geld bekommen.

Dr. Günter Braun: Frau Dr. Wilms, Sie hatten mich gebeten, daß ich zum katholischen Eichsfeld noch etwas sage. Ich halte das Eichsfeld, insbesondere den Landkreis Heiligenstadt bzw. Worbis, für unbedingt erforschenswert. Das wurde bislang noch nicht intensiv betrieben.

Ich bin auf das Eichsfeld schon früh durch ein Forschungsprojekt, das ich zu den ersten Nachkriegswahlen in der Sowjetischen Besatzungszone gemacht habe, gestoßen. Dort hat es damals überhaupt den höchsten CDU-Stimmenanteil in der SBZ gegeben. Bei den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen hat die CDU ca. 63 % errungen. Das Stimmverhalten setzte sich bei der Delegiertenwahl zum Dritten Volkskongreß 1949 fort. Dort lag, selbst wenn man die ungültigen Stimmen und die hinzugefälschten Ja-Stimmen mitzählt, ein Nein von über 50 % vor.

Außerdem ist mir das Eichsfeld bei den Studien im PDS-Archiv Erfurt untergekommen. Dort liegen die Akten des SED-Landesverbandes Thüringen. Da ist mir das Eichsfeld häufig begegnet, weil die SED besondere Schwierigkeiten hatte. In einem Fall wird das ganz drastisch. 1950 wird zunächst eine

FDJ-Agitationsgruppe für eine Woche lang ins Eichsfeld geschickt. Sie berichten danach über ihre Erkenntnisse. Allerdings hatten sie Pech, weil gerade Fasching gewesen ist. Der dortige Kreissekretär der SED wurde nach Weimar zitiert, und er mußte längere Zeit berichten, was dort los ist. Dort wurde über das Organisationsverhältnis gesprochen, es wurde erzählt, daß unbedingt die Lehrer ausgetauscht werden müßten, daß es noch Nonnen gebe, die Unterricht halten, usw.

Außerdem wäre es interessant, das Eichsfeld dahingehend zu untersuchen, welche Maßnahmen die SED unternommen hat, um den Katholizismus aufzubrechen. Es wurden sehr viele ökonomische Maßnahmen getroffen. Man hat versucht, Industrie anzusiedeln, zwar möglichst weit von der Grenze weg. Anfänglich hat es sehr viele Arbeitskräfte gegeben, die im Westen gearbeitet haben. Das hat zusätzlichen negativen Einfluß gehabt.

Die Frage, inwieweit die Buntscheckigkeit Thüringens in der DDR rezipiert wurde, kann ich nur von der historischen Forschung der DDR her beantworten. Danach war die komplette US-Besetzung des Landes bis Ende Juni 1945 immer ein interessantes Thema, weil man daran die vermeintlich falsche Politik der US-Besatzer aufzeigen konnte. Darüber gibt es einige Dissertationen in der DDR. Ebenso haben sich einige Wissenschaftler mit der Rolle Hermann Brills beschäftigt, um Gegenpositionen zur westlichen Forschung einzunehmen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Noch einmal herzlichen Dank, speziell an die drei Vortragenden und an diejenigen, die aus eigenem Erleben und Erleiden berichtet haben. Ich denke, wir haben sehr viele, sehr eindrucksvolle Facetten des Lebens in der Frühphase der DDR erhalten.

Ende der Sitzung 16.00 Uhr